

Für 12 Millionen Mark gestuft

Dresden, den 19. April 1933.

In der Donnerstag-Sitzung des Sächsischen Landtages wurden die Auflösungsanträge der Kommunisten und Sozialdemokraten mit 49 gegen 45 abgelehnt. Für die Auflösung stimmten nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Gegen die Auflösung stimmten sämtliche Bürgerblockparteien. Die Wirtschaftspartei, die ursprünglich gedroht hatte, dem Auflösungsantrag ihre Zustimmung zu geben, gab eine Erklärung ab. In dieser Erklärung wird gesagt, daß die Dienstverweisung des Ministerpräsidenten selbst über die Durchführung der Weberschen Steuerfunktionsverordnung bei manchen Gemeindebehörden zu Mißverständnissen geführt habe. Durch eine neue Dienstverweisung seien diese Mißverständnisse beseitigt worden. Die Wirtschaftspartei werde durch diese Lösung des Konflikts befriedigt. Sie himme deshalb gegen die Auflösung des Landtages und auch gegen den inzwischen eingegangenen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten selbst. Vorher liegen die Nationalsozialisten eine Erklärung vom Stapel, in der auch sie ihren Unwillen zu dementselben verlierten. Damit hat sich der Bürgerblock wieder einmal über die Krise hinweggerettet. Bis zur nächsten Krise.

Der Landtag hat am Donnerstag ein Bild äußerster parlamentarischer Betriebsamkeit. Was wenige Minuten vor Beginn der Sitzung war das Schicksal der Auflösungsanträge noch ungewiß. Die wildgewordenen Hausbesitzer unter der Führung Kohlmanns — der gerne in den Landtag möchte — hatten alles mobil gemacht, um die Hausbesitzer-Abgeordneten der Wirtschaftspartei unter Druck zu setzen. Mit den Methoden des übelsten Revolverjournalismus hat die Sächs. Haus- und Grundbesitzerzeitung die Situation ausgeschlachtet und mit der Skrupellossten politischen Exzessivität gearbeitet. Die Kennzeichnung der eigenen Regierung als „politisches Kaspertheater“ war noch das mindeste, was sich das Blatt der tabulaten Hausbesitzer gestattet hatte. Zu guter Letzt stellte es sich heraus, daß die sogenannte Selbstige „Kameraderordnung“ zwar von Heldt ausgearbeitet, aber vom wirtschaftsparteilichen Finanzminister Weber verhängt worden war. Der Enttäuschungsummel der Hausagrarier richtete sich infolgedessen auch gegen den Minister der eigenen Partei. Um der Wirtschaftspartei Genugtuung zu geben, hat die Selbstregierung inoffiziell eine neue Dienstverweisung herausgebracht, die den ursprünglichen Sinn der Hausinspektorenverordnungsverordnung wieder herstellt. Es bleibt also bei den 12-Millionen-Gesamt an die sächsischen Hausbesitzer. Im wahren Sinne des Wortes haben sich die Hausbesitzer-Abgeordneten ihre Abstimmung wieder einmal mit Millionen bezahlen lassen.

Für die Sozialdemokratische Partei begründete Bödel, Chemnitz, den Antrag auf Auflösung des Landtages. Vor allem in seinem Schlußwort zeigte sich Bödel als gesinnungswütiger Anwalt des Parteivorstandes. Unter Berufung auf Rosa Luxemburg und Lenin verbot er die Koalitionspolitik zu verteidigen und versetzte sich dabei zu der Behauptung, daß die Politik der Kommunistischen Partei in Sowjetrußland — Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie sei! Für diese unerschämten Verleumdungen hatte sich Bödel eine gründliche Abfuhr vom Genossen Böttcher, der in einem kurzen Schlußwort feststellte, daß Bödel als Agent des Parteivorstandes heute bereits die sozialdemokratische Koalitionspolitik nach den Wahlen zu begründen versucht. Wie fadenförmig es um seine Argumente bestellt ist, beweist die Tatsache, daß er bei diesem traurigen Geschäft die Namen Rosa Luxemburg und Lenin schändet muß.

Für die Kommunistische Partei begründete Genosse Böttcher den Auflösungsantrag. Das Verbot des NSD kennzeichnet die Situation. Es ist ein Teil der internationalen Offensive gegen den Kommunismus. In allen Ländern Europas wird von den kapitalistischen Regierungen diese Offensive verstärkt. Um die kriegerische Intervention gegen die Sowjetunion durchzuführen zu können, müssen die kapitalistischen Regierungen der einzelnen Länder die Arbeiterklasse vorerst niederschlagen. Die Einkreisung der Arbeiterklasse, die allgemeine Radikalisierung aller Ausgebeuteten zwingt die Bourgeoisie zum Einsatz der Waffengewalt des Klassenstaates. Die Radikalisierung zeigt sich vor allem darin, daß in den Wirtschaftskämpfen, Klassenkämpfen gegen die Schlichtungspraxis und Verbindlichkeitsklärung werden zu Massenaktionen gegen den Staat. Im Anschluß an die Charakterisierung des sächsischen Metallarbeiterkampfes kommt Genosse Böttcher zu einer eingehenden Auseinandersetzung mit der Koalitionspolitik des Reformismus. Diese Auseinandersetzung führt mehrfach zu scharfen Zusammenstößen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich durch die Charakterisierung der preussischen Koalitionspolitik aufs schwerste getroffen fühlen. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch die sächsischen sozialdemokratischen Führer im Landtage erklären, daß sie kein Interesse an Anträgen haben, die in die Zuständigkeit der Reichspolitik gehören. Denn dann müßten sie Anträgen gegen ihre eigene Koalitionsregierung im Reiche zustimmen.

Zum Schluß charakterisierte Genosse Böttcher das sich mehr und mehr verschärfende Polizeiregime der sächsischen Bürgerblockregierung gegenüber der sächsischen Arbeiterklasse. Die Politik der Selbst-Koalition hat sich zum parlamentarischen Korruptionssystem entwickelt, zu einem System, bei dem die Stimmen der einzelnen Abgeordneten buchstäblich gekauft werden. Ganz gleich, wie auch die parlamentarische Entscheidung fallen mag. Die Arbeiterklasse wird im außerparlamentarischen Kampfe den Sturz des Bürgerblocksystems vorbereiten, für die Einheit des revolutionären Proletariats am 1. Mai demonstrieren und seine Rechen schliessen zur Verteidigung der Sowjetunion im Kampfe für den Sozialismus.

Die abermalige Ablehnung der Landtagsauflösung durch die sächsischen Bürgerblockparteien hat erneut den Beweis geliefert, daß die kleinbürgerlichen Parteien unentwegt in der

Streikverschärfung im Metallarbeiterkampf

Wegen erhalten die Feilsche Auto Werke Dresden (1400 Mann Gehilfenbesetzung), Eisenbahle Werke Dresden (1300 Mann Belegschaft) und Eisenbahle Werke, Kasselberg (1200 Mann) von der Organisation die Anweisung, in den Kampf zu treten.

In der Betriebsversammlung der Eisenbahle Werke Dresden stellte der Betriebsratsvorsitzende die Frage, ob sich die Kollegen am Sonnabend mittag auspiessen lassen wollten, oder ob sie jetzt schon gewillt sind, in den Kampf einzutreten. Daraufhin beschloßen die Kollegen einstimmig, die Arbeit niederzulegen.

14.15 Uhr traten die Arbeiter auf dem Hof an und verließ die Belegschaft geschlossen das Werk. Nach Arbeitsloshut kamen die Funktionäre des Betriebes Anton Reiche zusammen und beschloßen, heute früh 9 Uhr demonstriert den Betrieb zu verlassen.

Später nach Arbeitsloshut versammelten sich alle Funktionäre der Betriebe, die dem Arbeitgeberverband angehören, im Dresdener Volkshaus und gab Händel den Bericht von den Verhandlungen über den bereits veröffentlichten 3. Schiedsspruch im sächsischen Metallarbeiterkampf. Die Unternehmer haben durch ihren Vertreter Kaufmann vor der Schlichterkammer erklärt, daß sie auf keinen Fall ein Angebot machen können, da die vorläufigen Verhandlungen ihnen einen Schaden gebracht hätten. Die Arbeiter hätten gemäßigteren einen Vorschlag voraus, da in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes 1 Pfennig mehr gezahlt wurde, als für die Arbeiter in der übrigen sächsischen Metallindustrie.

Der Schiedsspruch von 4 Pfennig sei deswegen gefällt, damit nicht wieder im Arbeitgeberverband höhere Löhne gezahlt werden, als beim Gesamtverband sächsischer Metallindustrieller.

Der Schiedsspruch wurde von den Vertrauensleuten einstimmig abgelehnt.

Gegen 13 Uhr versammelten sich die Kollegen des Essener-Werkes in der Mittagsstunde zu einer Betriebsversammlung und wurde in einer gegen nur 1 Stimme angenommenen Entscheidung von der Verbandsleitung verlangt, daß auch umgehend der Betrieb Essener-Werk in den Kampf einbezogen wird.

(Der Beschluß kam zustande, ohne daß die Kollegen von der bevorstehenden Ausperrung bei den Betrieben des Arbeitgeberverbandes etwas wußten.)

In der Vertrauensleuteversammlung erklärte Händel, daß wohl jetzt in vielen Betrieben der Banisch laus wird, noch vor der Ausperrung in den Streik zu treten. Er könne jedoch nur erklären, daß der Hauptvorstand nur die Genehmigung

für Union Reiche und Eisenbahle Werke erteilt hat.

Die Unternehmer des Arbeitgeberverbandes haben noch am Mittwochabend beschlossen, den Schiedsspruch abzuwehnen und die Aussperrung ab Sonnabend mit Ende der 1. Schicht durchzuführen.

Die Vertrauensleute der Betriebe des Arbeitgeberverbandes traten erneut am Montag 9 Uhr im Volkshaus zusammen.

Glänzende Kampfstimmung in Leipzig

Leipzig, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.)

In allen heute stattgefundenen Metallarbeiterversammlungen wurde durch Abstimmung der für das Leipziger Tarifrecht gefällte Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Eine von der D.M.V. Ortsverwaltung vorgelegte Resolution, die den Leipziger Schiedsspruch als Präzedenzfall anerkennt, wurde einstimmig angenommen. Ein Zusatzantrag der Opposition, trotz Verbindlichkeitsklärung unbedingt weiterzustreiten, wurde gegen nur drei Stimmen angenommen. Die Kampfstimmung war in allen Versammlungen glänzend.

Es wurde außerdem eine Resolution angenommen, die sich aufs schärfste gegen das beabsichtigte Verbot des Roten Frontkämpferbundes wendet.

Unterstützung der Metallarbeiter durch den Konsumverein Chemnitz

Der Allgemeine Konsumverein Chemnitz hat zur Unterstützung seiner am Kampf der Metallarbeiter beteiligten Mitglieder

den Betrag von 30 000 Mark zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat der Chemnitzer Konsumverein sich bereit erklärt, der NSD bei allen Lebensmittelaufkäufen eine Ermäßigung von 20 Prozent zu gewähren.

Diese Unterstützung der Metallarbeiter durch den Chemnitzer Konsumverein ist nicht zuletzt ein Erfolg der Forderungen der im Streik befindlichen proletarischen Genossenschaftsmitglieder. Die reformistischen Genossenschaftsführer erklären sich nur unter dem äußersten Druck der Mitgliedschaft zu Zugeständnissen der Streikunterstützung bereit. Zu bedauern ist, daß die Unterstützung nicht der irreführenden Organisation zur Unterstützung aller am Kampf beteiligten Metallarbeiter zur Verfügung gestellt wurde.

Die im Kampf befindlichen Metallarbeiter und proletarischen Genossenschaftsmitglieder der übrigen Konsumvereine Sachsens müssen das Beispiel des Chemnitzer Konsumvereins benutzen, um ebenfalls eine Unterstützung durch ihre Konsumgenossenschaft zu erreichen.

Stadiparlament gegen Metallarbeiter

In der gestrigen Dresdener Stadtverordnetenversammlung stimmten die Sozialdemokraten mit sämtlichen Bürgerlichen den Antrag der kommunistischen Fraktion auf Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter durch die Stadt nieder. Ein durchaus nichtslagernder Verlegenheitsantrag der SPD wurde einstimmig angenommen. Wir Kommunisten müßten diesem Antrag, obwohl er gar keine Bedeutung, zukommen, um der Demagogie der Reformisten keine Handhabe zu bieten.

Wir bringen aus technischen Gründen den ausführlichen Bericht erst morgen.

15 000 Metallarbeiter in Hannover ausgeperrt

Hannover, 19. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der hannoversche Metallindustriellenverband hat die von einem Tarifstreik betroffenen Betriebe aufgeschlossen, mit dem 19. April ihre reiblichen Feilschungen auszulassen, da die Gewerkschaft die Streikenden nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit angehalten habe. 15 000 Arbeiter werden von der Aussperrung betroffen.

Der Hamburger Metallarbeiterstreik durch Kompromiß beendet

Der Streik der Metallarbeiter in den Hamburger Landbetrieben wurde durch die Annahme einer Vereinbarung beendet. Die Forderung der Streikenden war 15 Pfennig pro Stunde. Die Verbandsbureaucratie hat eine freiwillige Vereinbarung mit den Unternehmern getroffen, die Lohnerhöhungen von 4 bis 6 Pfennig vorsieht. Vor der Abstimmung ließ die Bureaucratie alle Wimen springen, um die Annahme durchzusetzen, was ihr auch schließlich insofern gelang, als die Vereinbarung mit etwa Dreifünftel-Mehrheit angenommen und damit der Streik für beendet erklärt wurde.

Der Betriebsrat des Leunawerkes gegen die Kommunistenhege

Saale, 20. April. (Eig. Drahtbericht.)

In der Betriebsratswahl des Leunawerkes, der ersten nach der Betriebsratswahl, ritten die Gewerkschaftsbureaucratie Schneider und Langer wieder einmal eine ihrer üblichen Schandstücken gegen die Schreibe des „Klassenkampfes“ in Bezug auf die Lohnregelung in der Chemie. Wie überall, so auch hier, verhielten die Reformisten eine Resolution zur Abstimmung zu bringen. Ein Antrag der Opposition, der sich gegen diese Resolution aussprach, wurde jedoch mit Mehrheit angenommen und die reformistische Resolution abgelehnt. Das bedeutet ein Vertrauensvotum für den „Klassenkampf“.

Der Buchdruckerstreik in Königsberg beendet

Die letzte Versammlung der Königsberger Buchdrucker hatte beschlossen, das Angebot der Unternehmer abzulehnen. Viele wandten sich daraufhin an den Hauptvorstand in Berlin und dieser an den Zentralvorstand des Buchdruckerverbandes. Der Buchdruckerverband hat sich an den Hauptvorstand gewandt mit dem Ersuchen, daß unverzüglich Verhandlungen stattfinden und die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen sei. Die Unternehmer machten bei den Verhandlungen den Vorschlag, den Hilfsarbeiterinnen 50 Pf., den Hilfsarbeitern 1 RM, den Setzern und Druckern 1,75 RM über den Schiedsspruch zu zahlen. Eine Streikversammlung, die darauf stattfand, nahm mit 391 zu 148 Stimmen dieses Angebot an, und heute wurde in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Obgleich durch diese Beendigung dem zäh und geschlossen durchgeführten Buchdruckerkampf kein voller Erfolg beschieden war, ist doch durch diesen beispielhaften Kampf gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch ein Erfolg erlämpft worden.

Erdbeben in Bulgarien

Sofia, den 20. April

Ein Erdbeben in Bulgarien zerstörte 273 Häuser in Philippopol. 374 Tote und 200 Verletzte wurden bis jetzt gezählt. Aus der Umgebung der Stadt wurden über 30 000 und zahlreiche Verletzte gemeldet. Die Erdbeben dauern an.

Die kommunistischen Heimarbeiteranträge abgelehnt

Obstruktion in der Landtagsitzung

Landtagsitzung bis in die frühen Morgenstunden

Bei der weiteren Beratung der Tagesordnung, die außer den beiden Auflösungsanträgen noch eine Anzahl wichtiger Statistiken umfaßt, beantragten gegen 22 Uhr die Kommunisten und Sozialdemokraten Vertagung der letzten Punkte, die Arbeiterfragen betreffen, um eine eingehende Beratung dieser Fragen zu ermöglichen. Diese Forderung beantwortete der Bürgerblock mit prozessorischer Ablehnung. Darauf erklärten die Kommunisten und Sozialdemokraten, die gesamte Rededzeit auszunutzen, und das kommunistische Mitglied des Präsidiums, Genosse Lieberich, beantragte namentliche Abstimmung über die Anträge der NSD und SPD zur Behebung des Heimarbeiterelends. In 13-minütiger Rede erstattete Gruppe Bericht über die Ansohnerberatungen, bei denen die wichtigsten kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge von der Mehrheit abgelehnt wurden. Genosse Opi vertritt die kommunistischen Forderungen in ausführlicher Weise, dann folgt Hanzsch als SPD-Fraktionenredner und Gruppe spricht noch über eine halbe Stunde das Schlußwort. Gegen 2 Uhr werden in namentlicher Abstimmung die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge mit 47 gegen 42 Stimmen abgelehnt, NSD und Nationalsozialisten stimmen mit den Kapitalverreichtern gegen die Arbeiteranträge. Dann beginnt die Beratung des Kapitales Dampfeselaufsicht, das bis gegen 3 Uhr beraten wird. In der Abstimmung werden die Arbeiteranträge abgelehnt. Die Bürgerlichen schäumen vor Wut über diese erfolgreiche Obstruktion, die sie an dem Ausbruch der Deunnenbetten hindert. . . . Sie werden sich künftig wohl eine solche Präzisierung der Opposition vorher überlegen.

150 000 gegen Keudell

Aufmarsch der Berliner Arbeiter gegen Rot-Front-Verbot

Berlin, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Massen der Berliner Arbeiterklasse antworteten gestern Abend mit einer grandiosen Demonstration, wie sie Berlin seit der Sacco-Banzetti-Demonstration nicht mehr gesehen hat, auf das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes und der Roten Jungfront durch die Bürgerblockregierung. 150 000 Berliner Arbeiter und Werktätige demonstrieren ihren erbitterten Zorn gegen Keudell und seine Schrittmacher. Es war ein Zug des Triumphes.

den der Rote Frontkämpfer-Bund gestern Abend aus allen Straßen mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen durch die Straßen Berlins führte. Rechts und links der Züge waren die Straßen gefüllt von mitmarschierenden Arbeitern und Arbeiterinnen, die immer wieder in brausende Hochrufe auf den Roten Frontkämpfer-Bund und Niederrufe gegen die Bürgerblockregierung und ihre Helfer ausbrachen. Es war eine Demonstration, die Hunderttausende von Arbeiter in allen Straßen auch als Zuschauer auf die Beine gebracht hatte. Der Rote Frontkämpfer-Bund marschierte zwischen den sich spontan bildenden Zügen. Im Lustgarten stimmten 150 000 Demonstranten den Ausführungen zahlreicher Redner begeistert zu. Entsprechende Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Der Vormarsch, der das Rot-Front-Verbot benuhen möchte, in eine besondere Hege gegen die NSD zu entfachen, schreibt heute früh:

„Obwohl auch die NSD ihre Anhänger nach dem Lustgarten dirigiert hatte, war die Veranstaltung schwach besucht. Auch Herr von Keudell hat den Kommunisten den erbitterten Ausriech nicht geben können.“

Die Woffische Zeitung bestätigt dagegen den gewaltigen Aufmarsch. Sie schreibt:

„Seit langer Zeit war eine so große kommunistische Demonstration mehr zu sehen . . .“